

Bürger fühlen sich ausgeschlossen

PLANUNGSBEIRAT GRUBE CARL Geheimhaltungsklausel sorgt für Empörung – Kritik von den Grünen

VON KATHARINA BLASS

Frechen. Damit hatte die Bürgerinitiative Grube Carl nicht gerechnet. Der Rat der Stadt Frechen rief im Dezember 2011 einen „Planungsbeirat Grube Carl“ ins Leben, um interessierte Bürger frühzeitig in den Planungsprozess des Stadtteils einzubinden und „weitere anstehende Verfahrensschritte und politische Entscheidungen vorzubereiten und zu erleichtern“, wie es im Ratsbeschluss heißt. Bürger, Vertreter der Fraktionen, der Verwaltung und Fachleute bilden das Gremium.

Statt der versprochenen Transparenz verspricht der Entwurf der Geschäftsordnung jedoch das Gegenteil. Die Arbeitsgrundlage, die heute in der ersten Sitzung des Beirates verabschiedet werden soll, verpflichtet die 21 Mitglieder

zur „Geheimhaltung über Inhalte, Beratungen und Wahrnehmungen“. Die Bürgerinitiative Grube Carl, die sich mit den Entwicklungen in ihrem Stadtteil auseinandersetzt, ist empört. „Wir dachten,

„Wir stellen natürlich aktuell alle Ergebnisse immer ins Internet

Susanne Dettlaff
Geschäftsführerin des
Planungsbeirats

dass das Handeln transparent gestaltet wird und durch den freien Zugang der Information alle Bewohner an nachvollziehbaren Entscheidungen teilhaben können“, sagte Christof Wilczek, der sowohl der Bürgerinitiative angehört als auch als einer von acht Bürgern im Planungsbeirat sitzt. Auch die

Fraktion der Grünen echauffiert sich über die Geheimhaltungsklausel des Planungsbeirates. „Wir teilen die Bedenken der Bürgerinitiative und sehen keinen Grund, warum die Beratungsergebnisse des Beirates nicht öffentlich gemacht werden sollten“, sagte Ratsmitglied Hans Peter Schumacher.

Die Forderung der Bürgerinitiative nach uneingeschränkter Transparenz erreichte kurz vor der ersten Sitzung auch die Planungsabteilung der Stadt Frechen, der die Geschäftsführung des Beirates obliegt. „Es handelt sich in der Formulierung um eine Standardklausel für die Arbeitsgrundlage von Beiräten“, sagte Geschäftsführerin Susanne Dettlaff. Es gehe nur darum, den Informationsfluss von Beiratsmitgliedern über die Geschäftsstelle laufen zu lassen.

„Wir stellen natürlich aktuell alle Ergebnisse immer ins Internet, die Bürger haben selbstverständlich einen Einblick in die Arbeit des Beirates“, sagte Dettlaff. Allerdings wolle sie mit der Geheimhaltungsformulierung verhindern, dass zum Beispiel personalbezogene Details die Beiratsrunde verlassen oder andere Eindrücke, Stimmungen oder Ergebnisse an die Öffentlichkeit gelangen, die nicht vorher von der Geschäftsstelle abgesegnet wurden. Die Öffentlichkeit sei von den Sitzungen ausgeschlossen, weil es sich um ein Arbeitsgremium handle und das konstruktive Arbeiten erschwert würde, wenn zu den 21 Mitgliedern noch weitere Bürger hinzukämen. Der Planungsbeirat kommt heute zu seiner ersten Sitzung zusammen und stimmt über die Geschäftsordnung ab.